



Pressemitteilung

Erklärung des Hausärzteverbandes Sachsen-Anhalt e. V. zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

Der Vorstand des Hausärzteverbandes Sachsen-Anhalt hat sich mit dem Koalitionsvertrag und dabei insbesondere mit der Kapitel VIII. "Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten, 4. Gesundheit und Pflege" des Koalitionsvertrages befasst und ist einhellig zu folgender Erklärung gekommen.

Die schwierigen und zähen Verhandlungen um eine stabile Regierung in Deutschland spiegeln sich auch in der Koalitionsvereinbarung wieder, zeigen nach Ansicht des Hausärzteverbandes neben einer Reihe begrüßenswerter und echt versorgungsverbessernder Vorhaben auch wenig zielführende, mitunter gar widersprüchliche Ansätze.

Auch wenn mit der angekündigten zügigen Umsetzung des Masterplanes Medizinstudium 2020, der Einführung der Landarztquote, der Förderung der allgemeinmedizinischen Weiterbildung und der geplanten verbesserten Vergütung hausärztlicher und sprechender Medizin probate Mittel gegen den immer weiter zunehmenden Hausärztemangel, insbesondere in ländlichen Gegenden, darstellen, so wird dieses Ansinnen durch andere Vorhaben wieder nahezu konterkariert.

Insbesondere der Plan, die wöchentliche Mindestsprechstundenzeit verpflichtend von derzeit 20 auf 25 Stunden anzuheben, stößt auf energische Kritik von Seiten der Hausärzte. Dabei wird unterstellt, die niedergelassenen Ärzte könnten ohne weiteres 20% mehr Sprechstunde anbieten (und das auch noch ohne jeglichen finanziellen Ausgleich). Müssen Patienten dafür auf Hausbesuche verzichten, werden Alten- und Pflegeheime dann noch schlechter versorgt oder bleibt der gesamte administrativ-bürokratischen Aufwand in den Praxen auf der Strecke? Zeitreserven gibt es in den Hausarztpraxen in Sachsen-Anhalt jedenfalls nicht, schon gar nicht in den Landarztpraxen.

Im Rahmen der Stärkung der Pflegeberufe wendet sich der Vorstand gegen die Substitution ärztlicher Leistungen und setzt stattdessen auf Delegation. Sachsen-Anhalts Hausärzte haben pro Kopf der Bevölkerung deutschlandweit die meisten Versorgungsassistentinnen (VERAH) in ihren Praxen qualifiziert, um Tätigkeiten an diese zu delegieren und so zielgerichtet die Basisversorgung der Patienten nicht durch Schaffung neuer Schnittstellen zu verkomplizieren.

Leider ist im Koalitionsvertrag nichts davon zu lesen, dass auch die Bürger eine Eigenverantwortung für ihre Gesundheit haben, dass es eine Diskrepanz zwischen Anspruchsdenken und Machbarem gibt. Es klingt, als gäbe es unendliche Geldströme für die Gesundheitsversorgung in unserem Land. Eine Verbesserung des Zuganges zur Versorgung über die Terminvergabestellen bei der Kassenärztlichen Vereinigung ist in Sachsen-Anhalt keine Option, wo seit geraumer Zeit das System der Überweisungssteuerung im Rahmen der Hausarztverträge gut etabliert ist.

Die Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium der Medizin ist seit langem das Ziel des Hausärzteverbandes. Der Vorstand bedauert, dass die guten Beispiele, wie die Klasse Allgemeinmedizin an der Martin-Luther-Universität und die Verbundweiterbildung in Halle so wenig Nachahmung in der Landeshauptstadt und an der Otto-von-Guericke-Universität finden.

Hausärzteverband Sachsen-Anhalt e.V.

Ansprechpartner für die Medien:

Verantwortliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Stefan Andrusch, Halberstadt Tel. 03941/601147

Holger Fischer, Quedlinburg Tel. 03946/706309

Fax 03928/900555

E-Mail: info@haev-san.de

www.haev-san.de